

Helmuth Rolfes

Zu diesem Heft

In einem künftig geeinten Europa wird es unter Wahrung der kulturellen Vielfalt unter anderem auch eine gemeinsame europäische Medienordnung geben müssen. Der Weg zu diesem Ziel dürfte freilich noch lang und schwierig sein, auch wenn bereits erste Etappen auf dieses Ziel hin bewältigt wurden. Mit der fortschreitenden europäischen Integration wächst deshalb die Bedeutung der europäischen Medienpolitik. Schon heute greift die Medienpolitik der Europäischen Union in mannigfacher Weise in die Gestaltung der nationalen Medienordnungen ein, wie *Martina Höhns* im ersten Beitrag „Kirche, Europäische Union und Medienpolitik“ aufzeigt. Die mit der europäischen Medienpolitik einhergehenden Folgewirkungen im ökonomischen, politischen, rechtlichen und kulturellen Bereich stellen auch die Medienarbeit der Kirche vor neue Herausforderungen. Wie die Kirche diese Herausforderungen bisher aufgenommen und beantwortet hat, ist ebenfalls Gegenstand der Überlegungen von *M. Höhns*.

Die enge Verflechtung von Medien und Politik bildet den thematischen Hintergrund des Artikels von *Tamás Szabó* „Rundfunk, Politik und das neue Mediengesetz in Ungarn“. Szabó beschreibt die von Parteien und Interessengruppen der ungarischen Gesellschaft inszenierten Versuche, Einfluß auf die nach dem politischen Umsturz notwendig gewordene neue Mediengesetzgebung auszuüben. Das Ende 1995 endlich verabschiedete ungarische Mediengesetz legt, wie Szabó aufzeigt, die Grundlage für ein duales Rundfunksystem fest, sichert den Parteien aber auch eine paritätische und legale Einflußnahme in den öffentlich-rechtlichen Sendern.

In der Reihe „Wissenschaftsinterviews“ stellt *Bernhard Pörksen* im Gespräch einen der Begründer des konstruktivistischen Denkens vor, den Psychotherapeuten und Kommunikationsforscher *Paul Watzlawik*. B. Pörksen setzt mit diesem Wissenschaftsinterview die geplante Reihe über Perspektiven konstruktivistischen Denkens fort, die er in Heft 1/97 mit einem Gespräch mit dem Literatur- und Medienwissenschaftler *Siegfried J. Schmidt* eröffnet hatte.

Über die Entwicklung der Medien innerhalb der katholischen Kirche in Zentral- und Osteuropa nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaftssysteme berichtet *László Lukács* unter der bezeichnenden Überschrift „Zwischen Euphorie und Realität“. Es folgen zwei Berichte über katholische Presseagenturen. *Alois Hartmann* stellt die schweizerische Katholische Internationale Presse-Agentur (KIPA) vor,

Thomas N. Lorscheid den Catholic News Service (CNS) der Vereinigten Staaten von Amerika. Der Weltbild-Verlag ist in den letzten Jahren zum Branchenführer im Buchversandhandel geworden. Über diesen „katholischen Bücherriesen“ handelt der Bericht von *Hans Siemons*. Im September 1997 wurde vom Büro der „Federation of Asian Bishops Conference“ (FABC) in Singapur eine große Fachtagung mit Vertretern aus 11 asiatischen Ländern durchgeführt, über die *Franz-Josef Eilers* in seinem Bericht „Kirche und Öffentlichkeit in Asien“ informiert. *Henk Hoekstra* und *Marjeet Verbeek* kommentieren in ihren Ausführungen ein Medienpapier zum Thema „Medien - Moralität - Moralische Bildung“, das als Ergebnis aus der zweiten Phase eines bereits seit acht Jahren existierenden Projektes über audiovisuelle Sprache und audiovisuelle Kultur hervorgegangen ist. Das rundfunkpolitische Engagement der Kirche war Diskussionsgegenstand auf den Münchener Medientagen 1997. *Jörg Hamann* notiert in seinem Bericht einige Diskussionsergebnisse. Zum 1. Januar 1997 wurde ein neues Statut der Katholischen Rundfunkarbeit Deutschlands in Kraft gesetzt. Über die Entstehungsgeschichte und über die Grundzüge der neuen Struktur der Katholischen Rundfunkarbeit Deutschlands gibt *Reinhold Jacobi* einen Überblick.

Die Satzung für die Arbeitsgemeinschaft Katholische Rundfunkarbeit Deutschlands wird im Anschluß an diesen Bericht dokumentiert. Darüber hinaus dokumentiert *Communicatio Socialis* noch eine kurze Erklärung der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft unter dem Titel „Die Notwendigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“.